

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Das Konzept einer transatlantischen Freihandelszone

Die USA und die EU sind füreinander nicht nur die bedeutendsten politischen, sondern zugleich die wichtigsten Handels- und Wirtschaftspartner. Trotz des rasanten wirtschaftlichen Aufschwungs in Asien entfallen immer noch mehr als die Hälfte des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf die transatlantischen Partnerstaaten. Um die herausgehobenen bilateralen Beziehungen zu intensivieren und weitere Wachstums- und Beschäftigungspotentiale zu erschließen, wurde jüngst im Europäischen Parlament die Errichtung einer Transatlantic Free Trade Area (TAFTA) zwischen der EU und den USA gefordert. Die Europäische Kommission ist hingegen skeptisch gegenüber Plänen zur Errichtung einer transatlantischen Freihandelszone.

Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen

Die Volkswirtschaften der USA und der EU sind inzwischen schon so miteinander verflochten, dass von einem Nordatlantischen Wirtschaftsraum gesprochen werden kann. Auch nach dem Aufstieg neuer globaler Wirtschaftsmächte und der allmählichen Verschiebung des Zentrums der Weltwirtschaft sind die USA bis heute der wichtigste Handelspartner für die EU. Gleichzeitig ist die EU der zweitwichtigste Handelspartner nach Kanada für die USA. 2005 exportierte sie Waren im Gesamtwert von 250 Mrd. € in die USA, umgekehrt wurden Waren im Wert von 234 Mrd. € aus den USA importiert. 13,3 % aller importierten EU-Waren stammen aus den USA und 23,7 % aller exportierten Waren gehen dorthin. Wie der Warenaustausch, so ist auch das Austauschvolumen im Dienstleistungssektor in den zurückliegenden Jahren erheblich gewachsen. So beträgt der Wert der Dienstleistungsexporte in die USA mittlerweile 120 Mrd. €, was etwa einem Drittel der gesamten EU-Dienstleistungsexporte entspricht. Die gegenseitigen Direktinvestitionen belaufen sich auf die gigantische Summe von 1,5 Billionen €. Beiderseits des Nordatlantiks hängen 14 Mio. Arbeitsplätze vom bilateralen Handel ab.

Bisherige Initiativen zur ökonomischen Verflechtung des transatlantischen Raumes

Bereits in der Vergangenheit wurde eine Reihe von Initiativen zur vertieften Kooperation zwischen der EU und den USA ins Leben gerufen. Beide Seiten verpflichteten sich im Dezember 1995 in der Neuen Transatlantischen Agenda (NTA) dazu, engere wirtschaftliche Beziehungen zu knüpfen und die kommerziellen, sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen und

bildungspolitischen Beziehungen zu stärken. Noch im gleichen Jahr wurde der Transatlantic Business Dialogue (TABD) begründet, in dem europäische und amerikanische Unternehmen auf Konsensbasis Empfehlungen zur Verbesserung der gegenseitigen Handels- und Investitionsbedingungen erarbeiteten, die anschließend der Europäischen Kommission und der US-Regierung vorgelegt werden. Ende der 1990er Jahre legte der damalige EU-Handelskommissar Leon Brittan Pläne für ein New Transatlantic Marketplace Agreement vor, die die Schaffung eines gemeinsamen Acquis beinhalteten. Die Pläne scheiterten vor allem an französischen Einwänden, wonach als Folge eines solchen Abkommens eine amerikanische Dominanz in den Bereichen Landwirtschaft, Kultur und Medien zu befürchten sei.

Im Juni 2005 wurde auf dem EU/USA Gipfel eine transatlantische Wirtschaftsinitiative für eine verstärkte Kooperation bei Regulierungs- und Standardisierungsfragen und beim Schutz geistiger Eigentumsrechte vereinbart. Bei einem Treffen der Wirtschaftsminister im November 2005 wurde ein Arbeitsprogramm zur konkreten Umsetzung der Wirtschaftsinitiative angenommen. Auf dem letzten EU-USA-Gipfel im Juni 2006 erklärten beide Seiten ihre Absicht, die beschlossene Wirtschaftsinitiative auf weitere Themenbereiche auszudehnen.

Freihandelszone zwischen USA und Europa?

Zehn Jahre nach Abschluss der NTA setzte sich im Europäischen Parlament (EP) die Erkenntnis durch, dass die bestehenden Strukturen in den bilateralen Beziehungen den Herausforderungen der Globalisierung nicht länger gewachsen seien. Im Juni 2006 sprach sich das EP in einer

Entschließung für eine Erneuerung der bilateralen Beziehungen auf Grundlage eines neuen, 2007 abzuschließenden transatlantischen Partnerschaftsabkommens und die Verwirklichung eines gemeinsamen „transatlantischen Marktes ohne Schranken“ aus. Etwa zur gleichen Zeit erhoben Mitglieder des US-Repräsentantenhauses und des Senats ähnliche Forderungen. Auch der Vorsitzende des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages, Matthias Wissmann, unterstützt die Forderungen des EP. Konkret zielt der Vorschlag des EP auf die Bildung einer Transatlantic Free Trade Area (TAFTA), die gut 700 Mio. Konsumenten und 60 % der Weltproduktion umfassen würde. Gestützt auf ein Gutachten der OECD, wonach die TAFTA zu einem signifikanten Anstieg der Direktinvestitionen und des Pro-Kopf-BIP in der EU zwischen 2% und 3,5 % führt, fordert das EP den Abbau von Zöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen, eine engere Zusammenarbeit in der Regulierungspolitik, die Förderung offener und wettbewerbsfähiger Finanz- und Kapitalmärkte sowie die Einführung eines Frühwarnsystems und eines Mechanismus zur Beilegung bilateraler Handelsstreitigkeiten. Weiter sollen Sektoren ermittelt werden, in denen die größten Chancen auf beiderseitige wirtschaftliche Gewinne bestehen und gemeinsame Normen erarbeitet werden, um bestehende Unterschiede im Schutz- und Qualitätsniveau zu beheben. Für die Integration eines gemeinsamen Finanzdienstleistungs- und Kapitalmarkts sollen die Rechnungslegungsgrundsätze gegenseitig anerkannt und später harmonisiert werden. Die angestrebte Freihandelszone soll nach den Vorstellungen des EP bis 2015 verwirklicht werden, der gemeinsame Finanzdienstleistungs- und Kapitalmarkt sogar schon bis 2010. Der für Handel zuständige EU-Kommissar Peter Mandelson lehnt die Errichtung einer TAFTA ab. Vor dem zuständigen Fachausschuss des EP begründete er am 10. Oktober 2006 seine ablehnende Haltung mit dem Argument, die TAFTA könne als Abkehr von einer multilateralen Welthandelsordnung verstanden werden. Dies

widerspräche der erklärten Absicht, den Handel mit der Wachstumsregion Asien auszubauen. Für beide Projekte zugleich habe die EU nicht die erforderlichen Ressourcen. Weiter befürchtet die Kommission, dass sich eine Freihandelszone negativ auf das Verhältnis zu Drittländern auswirken und insbesondere China sowie Indien sich abschotten und bilaterale Handelsverträge mit Drittstaaten abschließen könnten. Die Befürworter der TAFTA verweisen hingegen darauf, dass sich Indien und China eines Tages der TAFTA anschließen könnten und heben die finanziellen Vorteile einer Freihandelszone hervor. So ließen sich im Bereich der Finanz- und Kapitalmärkte die bilateralen Handelskosten um 60 % verringern, das Handelsvolumen würde um 50 % steigen und die Eigenkapitalkosten um 9 % sinken. Diese günstige Prognose wird von den TAFTA-Skeptikern allerdings nicht geteilt. Der frühere Präsident des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel, Horst Siebert, etwa weist darauf hin, dass der transatlantische Handel für die meisten Industriegüter bereits weitgehend liberalisiert sei. Eine Freihandelszone würde keine weiteren Fortschritte und Gewinne bringen, solange sich USA und EU bei den aktuellen Streitpunkten Agrar- und Flugzeugbausubventionen, Gentechnik und Stahlhandel nicht einig würden. Da die EU selbst eine Reform der EU-Agrarpolitik nicht vor 2014 erwartet, müsste der wichtige Agrarsektor aus den Verhandlungen ausgeklammert werden.

Trotz dieser Zweifel am wirtschaftlichen Erfolg unterstützt die US-Regierung die Bildung einer TAFTA. Die USA haben inzwischen Freihandelsabkommen mit Kanada, Mexiko, den meisten Ländern Mittelamerikas, Australien und Chile sowie weiteren Staaten abgeschlossen. Aber auch in Indien, China, Japan und Korea wird vor dem Hintergrund eines möglichen Scheiterns der Doha-Runde über den Abschluss bilateraler Freihandelsverträge, wie sie bereits zwischen den meisten Staaten Südostasiens bestehen, nachgedacht.

Quellen und Literatur:

- Entschließung des Europäischen Parlaments über die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen EU-USA (2005/2082(INI)) vom 1. Juni 2006.
- Vienna Summit Declaration, 21. Juni 2006, in: www.ec.europa.com/extern_relations/us/sum06/06docs_decl_final.2106.06.pdf.
- Peter Mandelson: Remarks to the international Trade Committee of the European Parliament, Brüssel, den 10. Oktober 2006, (abrufbar unter www.ec.europa.eu/commission_barroso/mandelson/speeches_article...).
- Matthias Wissmann, „Für eine starke transatlantische Wirtschaftspartnerschaft – die USA und die EU auf dem Weg zu einem gemeinsamen Markt im 21. Jahrhundert“, Berlin, Juni 2006, abrufbar unter: http://www.matthias-wissmann.de/images/content/matthias_wissmann_fuer_einen_starke.pdf
- Jens van Scherpenberg „Die Integration des Atlantischen Wirtschaftsraums“, SWP-Studie, S 24, Berlin September 2006.

Dr. Jörg Schneider; Praktikanten Claus Broekmans; Madina Sekandari, Fachbereich WD 11 – Europa, Tel.: (030) 227-33614, E-mail: vorzimmer.wd11@bundestag.de